

Martin Morlok / Hans-Rüdiger Schmidt
Dimitris Stefanou (Hrsg.)

Dimitris Th. Tsatsos

Verfassung - Parteien Europa

Abhandlungen aus den Jahren
1962 bis 1998

Mit einem Begleitwort von
Konrad Hesse

und einer Würdigung durch
Peter Häberle

Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber.....VII

Begleitwort von Konrad Hesse.....XI

Erster Abschnitt: VERFASSUNGS- UND VERWALTUNGSRECHT

Von der Würde des Staates zur Glaubwürdigkeit der Politik.....3

§ 1 Einleitende Fragestellung (4); § 2 Terminologische Vorbemerkung (9);
§ 3 Entwicklungsgeschichtliche Vorbemerkung (12); § 4 Ausschließliche
Staatsbezogenheit des Legitimationspostulats ? (18); § 5 Zur Theorie von der
Würde des Staates (26); § 6 Legitimation durch Glaubwürdigkeit der kon-
kreten Politik (30); § 7 Die Verfassungsrelevanz (40); § 8 Schlußbemerkung
(51)

Der Regierende zwischen Nomos und Ethik.....61

Strafe, Verfassung und Zeit.....73

Die verfassungsrechtliche Problematik der Inkompatibilität von Rich-
teramt und Mandat.....79

Die Unzulässigkeit der Kumulation von Bundestags- und Bundesrats-
mandat.....97

§ 1 Einleitung (98); § 2 Rechtsvergleichender und rechtsgeschichtlicher
Überblick (102); § 3 Die Unzulässigkeit gleichzeitiger Zugehörigkeit zu Bun-
destag und Bundesrat (115); § 4 Sanktionsmöglichkeiten im geltenden Recht
(131); § 5 Der verfassungsrechtlich gebotene Rahmen einer bundesgesetzli-
chen Regelung (139)

Inkompatibilität zwischen dem Bundespräsidentenamt und dem par-
lamentarischen Mandat.....145

I. Die parlamentarische Inkompatibilität des Staatsoberhauptes im Lichte des
Wandels seiner Stellung im Staatsgefüge (145); II. Der Geltungsgrund des
Art. 44 WRV und sein sachlicher Zusammenhang mit der Sonderstellung des
Reichspräsidenten (151); III. Die veränderte Bedeutung der parlamentari-
schen Inkompatibilität des Staatsoberhauptes im GG (154); IV. Die Sanktion
des Inkompatibilitätsgrundsatzes des Art. 55 Abs. 1 GG (160)

Unvereinbarkeiten zwischen Bundestagsmandat und anderen Funktionen.....167

I. Parlamentarische Inkompatibilität: Begriff und Institut (167); II. Die
grundgesetzliche Ermächtigung zur Einführung von parlamentarischen In-
kompatibilitäten nach Art. 137 I GG (171); III. Die Wahrnehmung der Er-
mächtigung des Art. 137 I GG durch den einfachen Gesetzgeber (186);

IV. Das parlamentarische Doppelmandat (194); V. Wirtschaftliche Inkompatibilitäten für Abgeordnete des Bundestages ? (197)

Zur Wiedervereinigung der deutschen Rechtswissenschaft.....199

Die Koalitionsfreiheit des Arbeitnehmers in Griechenland.....209

A. Faktische und rechtliche Grundlagen der Koalitionsfreiheit (215); B. Die individuelle Koalitionsfreiheit (221); C. Freie Koalitionen (234); D. Pflichtverbände (Kammern) (250); E. Die Rechtsstellung der Außenseiter (257); F. Einschränkungen und Koalitionsfreiheit (260); G. Schutz der Koalitionsfreiheit (263)

Zum Widerruf amtlicher ehrenkränkender Behauptungen

-BGHZ34, 99.....279

Der Einfluß des deutschen Rechtes auf das griechische Staatshaftungssystem im Bereich rechtswidriger hoheitlicher Amtshandlungen.....289

I. Das Thema (289); II. Die griechische Rechtsprechung vor der Einführung des ZGB und des EGZGB (290); III. Der Einfluß des deutschen Rechtes auf die Vorgeschichte des Art. 105 EGZGB (292); Vergleich des Art. 105 EGZGB mit Art. 131 WRV und § 839 BGB (293)

Der verwaltungsrechtliche Organstreit.....303

§ 1 Einleitung (304); § 2 Die Interessenlage im körperschaftsinternen Raum (308); § 3 Die körperschaftsinterne Organstruktur (314); § 4 Die Beteiligtenfähigkeit der körperschaftlichen Selbstverwaltungsorgane (318); § 5 Die Organstreitigkeit als zulässiger Gegenstand eines Verwaltungsprozesses (323); § 6 Rechtscharakter der verwaltungsrechtlichen Organstreitigkeiten, Rechtsschutzbedürfnis und Klageart (331); § 7 Schlußbemerkungen (333)

Zweiter Abschnitt: PARTEIENRECHT

Die politischen Parteien in der Grundgesetzordnung.....337

I. Partei und Geschichte (337); II. Die parteirechtlichen Vorgaben (342); III. Der Status der politischen Parteien: Freiheit, Gleichheit und Öffentlichkeit (350); IV. Vorgaben für die innere Ordnung der politischen Parteien (355); V. Parteienstaatsübermaß (362)

Aspekte einer Parteienrechtslehre.....369

I. Einleitende Bemerkungen (369); II. Von der historischen Vorbelastung über die Anerkennung durch Verfolgung zur Institutionalisierung (371); III. Parteiverständnis in einer sich wandelnden Verfassungswirklichkeit (377); IV. Ein vierfacher Bezug zum Demokratieprinzip (383); V. Die Auswüchse des Parteienstaates (387); VI. Schlußbetrachtung (392)

Krisendiskussion, politische Alternativlosigkeit, Parteienstaats- übermaß.....	395
I. Die Funktion der politischen Parteien in der europäischen Verfassungskultur: Ein Idealbild verliert seinen Glanz (395); II. Die „Krisen“diskussion (399); III. Zur Verringerung politischer Alternativen und ihrer Artikulierbarkeit (405); IV. Parteienstaatsübermaß (407); V. Schlußbemerkung (411)	
Mandatsverlust bei Verlust der Parteimitgliedschaft.....	413
I. Einleitung (413); II. Verfassungstheoretische Ausgangslage (414); III. Mandatsverlust im Spannungsfeld zwischen Art 38 Abs. 1 S. 2 GG und Art. 21 GG (415); IV. Die Unterscheidung zwischen „Listenabgeordneten“ und „Wahlkreisabgeordneten“ (418); V. Mandatsverlust nur bei freiwilligem Austritt aus der Partei? (419); VI. Mandatsverlust als Folge korruptiven Parteiaustrittes? (420); VII. Schlußbemerkung (421)	
Ein Recht auf innerparteiliche Opposition?.....	423
§ 1 Einleitung (424); § 2 Zum Begriff der innerparteilichen Opposition (428); § 3 Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte eines Rechts auf innerparteiliche Opposition (438); § 4 Ursachen innerparteilicher Oppositionsbildung (448); § 5 Auswirkungen innerparteilicher Opposition in verfassungsrechtlicher Sicht (452); § 6 Schlußbemerkung (464)	
Parteienfinanzierung und Verfassung.....	467
Die Finanzierung politischer Parteien - Die Urteile des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juli 1966 zur Frage der Zulässigkeit staatlicher Parteienfinanzierung.....	
	473
I. Einleitung (473); II. Die Sachentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (477); III. Die politischen Parteien als Komponente der Staats- und der Volkswillensbildung (477); IV. Der „legitimierende Grund“ (482); V. Parteienfinanzierung und das „Leitbild“ der politischen Partei (485); VI. Die Zulässigkeit der Wahlvorbereitungsfinanzierung (487); VII. Ergebnis (489)	
Das Bundesverfassungsgericht verwirft das bisherige Parteienfinanzierungsmodell.....	491
Einleitung (491); Erster Teil, A. Parteienfinanzierung als Verfassungsproblem (493); B. Organstreit (497); Zweiter Teil, A. Private Parteienfinanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden (501); B. Mittelbare staatliche Parteienfinanzierung durch Steuerbegünstigungen (504); C. Direkte staatliche Parteienfinanzierung (509)	
Zur Demokratisierung des Parteienstaates.....	527
I. Einleitung (527); II. Zum Wandel im Parteienverständnis des BVerfG (528); III. Der Grundsatz der Staatsfreiheit - Ein neuer Rahmen für die Parteienfinanzierung (531)	

Zu einer gemeinsamen Parteienrechtskultur?.....	537
I. Einführung (537); II. Zur Parteirechtskultur (538); III. Zu den Ursprüngen (542); IV. Von der Faktizität zur Institution (544); V. Zu den „Rechten“ der politischen Partei (545); VI. Zur Parteistruktur: Der Bürger in der Partei (547); VII. Zum Parteienstaat (549)	
Parteienrecht im europäischen Wandel.....	553
I. Drei neue Ausgangspositionen (553); II. Parteienrecht und deutscher Einigungsprozeß (555); III. Parteienrecht unter dem Einfluß der Entwicklung hin zum europäischen demokratischen Verfassungsstaat (556); IV. Parteienrecht im Europa der Regionen (561); V. Eine neue Epoche für die Parteien und das Parteienrecht (562)	
 Dritter Abschnitt: ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION	
Bemerkungen zur Gegenwartsfunktion der Verfassung.....	567
I. Einleitendes (567); II. Zur Verfassungsfunktion im Allgemeinen (570); III. Die Funktion von Verfassung im europäischen Ordnungssystem (573); IV. Schlußbemerkung (578)	
Die europäische Unionsgrundordnung.....	579
I. Einleitende Vorbemerkungen (579); II. Problemauswahl und Problemaufriß (581); III. Zur Illusion eines Endzieles (582); IV. Souveränitätswahrung versus Integrationsprozeß? (586); V. Bundesstaat oder Staatenbund? / Ein unergiebiges Dilemma (590); VI. Zur Transformation des herkömmlichen Demokratiebegriffs in der europäischen Unionsgrundordnung (594); VII. Wie frei ist die Regierungskonferenz 1996? (599)	
Integrationsförderung und Identitätswahrung.....	607
I. Verfassung und Verfassungsrecht im Zeitalter europäischer Integration. Zur Fragestellung: (607) II. Von der herkömmlichen zur europäischen Funktion der Verfassung (610); III. Zum Inhalt eines Prinzips der „europafreundlichen“ Verfassungsauslegung (616)	
„Europäische politische Parteien?“.....	621
A. Gibt es eine ratio institutionis für europäische politische Parteien? (621); B. Aufgaben und Begriff „europäischer politischer Parteien“ (627); C. Der Status europäischer politischer Parteien nach nationalem Verfassungsrecht (639); D. Rückwirkung des europäischen Integrationsprozesses auf die nationalen politischen Parteien (641); E. Zusammenfassung (644)	
Die konstitutionelle Stellung der Europäischen Politischen Parteien.....	647
1. Teil: Entschließung des europäischen Parlaments (647); 2. Teil: Tsatsos-Bericht über die konstitutionelle Stellung der Europäischen Politischen Parteien (651)	

Keine Europäische Integration ohne Europäische Politische Parteien.....665

A. Vorbemerkung (665); B. Zur Terminologie (666); C. Der Europäische Aktionsraum Politischer Parteien (667); D. Entwicklung eines Europäischen Parteiensystems (670); E. Ein Europäischer Parteibegriff? (678); F. Schlußfolgerung (680); G. Warum diese Dokumentation? (681)

EPILOG

Peter Häberle: Dimitris Th. Tsatsos - ein europäischer Staatsrechtslehrer.....683

Biographie.....687

Schriftenverzeichnis.....689